

Inflation

und andere Fehlleistungen der Ökonomie und Politik

Offener Brief

an

den Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Herrn Dr. Joachim Nagel

und

die Herren Professoren

Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld,

Dr. Oliver Landmann

und

Dr. Stefan Kooths

von

Tristan Abromeit

September 2022

www.tristan-Abromeit.de

Text 176.0

Anhang 176.5

A) Das zentrale Anliegen Silvio Gesells!

Verfasser: Wilhelm Schmülling (?) Januar 2003 (?)

B) Vom Urknall zum Zinsknall

Verfasser: Peter Kafka, Astrophysiker

aus: Zeitschrift HumanWirtschaft, 33. Jahrgang / Ausgabe Oktober / Nov. 2002

Hinweise zu den nachfolgenden Texten

Beim Suchen in den Dateien auf meinem Rechner hatte ich plötzlich einen Teil des nachfolgenden Textes „Das zentrale Anliegen ...“ vor meinen Augen. Die Datei war nicht gut gekennzeichnet, ein Verfasser nicht benannt. Ich habe dann weiter gesucht und fand eine Datei mit dem erweiterten Text. Die Datei wurde am 6. 01. 2003 angelegt. Als im Dateinamen ist als Verfasser *Schmülling* benannt. Ich schließe daraus, das der verstorbene **Wilhelm Schmülling**, Redakteur der Zeitschrift „Der Dritte Weg“ ist.¹ Um Genaueres schreiben zu können habe ich in der Ablage der Zeitschrift „Der Dritte Weg“ gesucht. Ich stellte aber fest, dass zum Jahreswechsel 2002 / 2003 die Zeitschrift schon in *HumanWirtschaft* umbenannt wurde. Der Redakteur war damals Thomas Seltmann. Später wurde die Zeitschrift wegen eines Namensstreites oder ähnlicher Probleme ein weiteres Mal umbenannt. Sie heißt heute „Humane Wirtschaft“, der Redakteur ist heute Andreas Bangemann.

www.humane-wirtschaft.de

Beim vergeblichen Suchen nach dem Autor von „Das zentrale Anliegen ...“ entdeckte ich dann in der *HumanWirtschaft* in der Ausgabe Okt./ November 2002 den Beitrag „Vom Urknall zum Zinsknall“ von **Peter Kafka**.² Er starb am 23. 12. 2000. Vorher rief er bei mir an und sagte, er wolle sich von mir verabschieden, er müsse sterben. Ich finde es für eine gute Gelegenheit, zwei Gleichgesinnte von mir, die sich selber heute nicht mehr in einen notwendigen Klärungsprozess einmischen können, zu Wort kommen zu lassen.

Tristan Abromeit

Das zentrale Anliegen Silvio Gesells!

Gesell wollte eines. Er wollte die Menschen aus der Übermacht des Kapitals befreien und er fand den Weg dazu durch die Gleichstellung des Geldes zur Arbeit und den Früchten der Arbeit. Das ist alles!

Diese Gleichstellung sah er darin, daß er Geld durch eine direkt auf Geld wirkende Gebühr demselben Angebotszwang aussetzte in der Arbeit und Ware naturgemäß stehen. Das ist alles!

Er wollte nicht nun die Früchte der Arbeit, die Waren, dem Geld überlegen machen durch Inflationierung des Geldes oder durch überhöhte Steuern wie Irving Fisher

1 <https://www.sunpod.de/tag/wilhelm-schmulling/>

2 [https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Kafka_\(Astrophysiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Kafka_(Astrophysiker))

vorschlug, denn er wußte genau, daß dann das Geld seinen Dienst als Tauschmittel genau so wenig erfüllen kann wie bei Deflation.

Er wollte eine Gebühr in genau dem Ausmaß, als notwendig war das Gleichgewicht herzustellen. Nicht mehr und nicht weniger!

Diese Gebühr ist aber eine unbedingte Notwendigkeit. Es gibt keinen Ersatz dafür durch leichte Inflation. Inflation kann die Vormacht des Geldes nicht brechen! Ist sie in einem Ausmaß von etwa 3%, was im Durchschnitt das Ausmaß des Vorteiles des Dauergeldes gegenüber den Waren ist, verlangt das Geld einen Ausgleich. Die Inflationsprämie auf dem Zins.

Ist die Inflation zu stark, versagt es überhaupt als Tauschmittel. Daß es beim Gegenteil der Inflation, der Deflation mit sinkenden Preisen, Arbeitslosigkeit und Absatzschwierigkeiten das auch tut, sollte wohl jedem klar sein.

Nun kann aber ohne diese Gebühr, die den Vorteil des Geldes ausgleichen soll, das Geld nicht stetig umlaufen und wenn es das nicht tut wird es immer wieder zu Arbeitslosigkeit, Krisen und Kriegen kommen. Sie ist also eine unabdingbare Notwendigkeit und der zentrale Punkt der Reformen Gesells.

Alles andere, wie Indexsteuerung, Bodenreform, Staatsabbau, Freihandel u.s.w. sind dagegen von untergeordneter Bedeutung. Ohne ein ebenes Feld zwischen Kapital und Arbeit durch die Umlaufgebühr sind solche Reformen alle nicht von Dauer, wenn sie überhaupt durchgeführt werden können.

Leider wird dieser zentrale Punkt auch von vielen Anhängern Gesells nicht richtig erkannt und wenn schon sie sich in Nebensächlichkeiten verlieren, wie soll man dann von Hochschulprofessoren erwarten, daß sie zugeben sollen, daß das, was sie ihr Leben lang vertreten haben, falsch sein soll. Ihr ganzes Prestige wäre da ja zerstört. Selbst Irving Fisher und John Maynard Keynes haben Gesell nur mit Vorbehalten anerkannt und heute scheint es überhaupt keine Nationalökonomien mehr zu geben, die diesen Männern auch nur das Wasser reichen könnten.

Gesell selbst hat in seinem Hauptwerk, wenn man es nur sorgfältig genug liest schon alle Einwände beantwortet und es überrascht einen immer wieder, wie weit dieser inspirierte Mann seiner Zeit voraus war. Nun sind schon über 100 Jahre vergangen, seit er sein Werk begann; er selbst ist schon fast 70 Jahre tot und noch immer hat sich kein würdiger Nachfolger gefunden. Hoffentlich findet sich einer,

denn es wäre doch die größte Ironie der Geschichte, wenn die Lösung uralter Menschheitsprobleme erkannt ist und niemand setzt sie in die Praxis um und diese Zivilisation geht unter, wie viele zuvor.

4) Gedanken über Minimalreform als Anfang.

Es muß uns klar sein, daß die Reformen die Gesell vorschlägt kaum jemals alle auf einmal durchgeführt werden können. Wir sollten uns daher ernstlich überlegen, welche Reformen für den Anfang unabdingbar sind und welche warten können. Einige der Reformen sind davon abhängig, daß andere schon durchgeführt sind und andere bedingen sich gegenseitig und es hat sich kaum jemand Gedanken gemacht, wo man in der Praxis mit welchen Reformen anfangen kann und welche eventuell allein durchführbar sind.

Das ganze Gedankengebäude Gesells ist in sich logisch und für den Kenner wie ein Traum einer besseren Zukunft. Der Weg nach Utopia oder in das Reich Gottes auf Erden. Wir leben aber hier und jetzt und müssen nach kleinen Schritten auf dem richtigen Weg suchen.

Vielleicht sollten wir zuerst einmal die Reformen beiseite lassen, für die es kaum Aussicht auf Durchführung ohne absolute Mehrheit in einem Staat gibt. Das ist zuallererst die Bodenreform. Das römische Bodenrecht ist vorläufig außerhalb unserer Macht und wir können zwar aufzeigen, was daran gegen das Gemeinwohl verstößt, können eine spätere Lösung aber ruhig kommenden Generationen überlassen. Grundrente und Kapitalzins sind ohnehin gegenseitig in einer Abhängigkeit und wenn bei sinkendem Kapitalzins Grundpreise ins Unermeßliche steigen wird man Lösungen finden müssen.

Deshalb sollte man die vorgeschlagene Mutterrente vorläufig ad acta legen, selbst wenn ihre moralische Berechtigung nicht abstreitbar ist. Menschenleeres Land hat keinen Wert und sein Wert und die erzielbare Grundrente steigt mit der Bevölkerungsanzahl. Und wer sorgt für die Erhöhung der Bevölkerung? Ich könnte mir deshalb auch ohne weiteres ein Bodenrecht vorstellen, wie in Tibet, welches den Frauen bevorzugtes Erbrecht für landwirtschaftlich genutzten Grund einräumt, aber, wie gesagt, das sind Probleme, die nicht so auf den Nägeln brennen, wie Arbeitslosigkeit, Krisen und Kriege. Wir können unmöglich alles auf einmal tun und sollten kommenden Generationen auch noch etwas zu tun übrig lassen.

Freihandel ist auch so eine Reform, die wir ruhig dem Schwarzhandel und den Schmugglern überlassen können.

Es bleiben also Freigeld und Festwährung und da sollen wir uns überlegen, ob wir das nicht notfalls auch in kleinen Rahmen so wie damals in Wörgl machen können und da werden wir gleich bemerken, daß diese beiden Reformen sich gegenseitig bedingen. Eines ohne das andere geht auf die Dauer nicht.

Wir könnten wohl, wie es in Wörgl oder wie es im Mittelalter bei den Brakteaten war, ein umlaufgesichertes Geld herausgeben, aber genau so wie im Mittelalter die Brakteaten eine Teuerung (Inflation) hervorriefen, würde das umlaufgesicherte Geld tun, wenn die Ausgabe nicht strikt kontrolliert würde und es größeres Ausmaß als in Wörgl annehmen würde.

In Wörgl kam nur deshalb dieses Resultat nicht zum Tragen weil die Summe des umlaufgesicherten Geldes geringfügig war und der Zeitraum zu kurz. Außerdem ersetzte das Wörgler Geld nur das nicht umlaufende Geld des Staates.

Wenn wir also eine Situation haben, wo das staatliche Geld wegen Deflationierung seinen Dienst als Tauschmittel nicht ausübt, ist es leicht es durch alternative Tauschmittel zu ersetzen. Das Problem ergibt sich erst, wenn das alternative Tauschmittel einen merkbaren Anteil am Geldumlauf erreicht. Dann ist eventuell selbst für das langsamer umlaufende staatliche Dauergeld nicht mehr genug Ware übrig und zu wenig Ware für zu viel Geld ist - Inflation. Bei Inflation strömt aber auch das stillgelegte Geld auf den Sparkonten wieder auf den Markt und auch die Girokonten geraten in schnellere Bewegung.

Deshalb muß die Ausgabe des alternativen Geldes nach einem Index so gesteuert werden, daß es seinen Wert behält. Dazu muß es einen Wechselkurs zum Staatsgeld haben, wo das zum Ausdruck kommt. Das alternative Tauschmittel übt, wie wir gezeigt haben einen inflationären Druck auf das Staatsgeld aus, es würde aber ohne Indexsteuerung demselben Druck auch ausgesetzt sein, weil ja beiden Tauschmitteln nur ein Warenangebot gegenüber steht.

In Wörgl hat es sich gezeigt, daß umlaufgesichertes Geld 20 mal schneller umlief als das nicht so gesicherte Geld. Das bedeutet, daß 5% umlaufgesichertes Bargeld genau so viel Waren bewegen kann wie 100% normales Geld. Es verdrängt deshalb normales Geld vom Markt.

Spätestens zu dem Zeitpunkt wird aber der Staat eingreifen müssen, wenn er den Wert seines Geldes erhalten will. Wenn das die schwerfällige unbeliebte Bürokratie in Brüssel sein sollte und alternatives Geld in Sizilien umlaufen wird, sehe ich schwarz für Brüssel und was hat der Staat schon dem alternativen Geld entgegen-

zusetzen? Deflationiertes Geld verschwindet schneller vom Markt als man es herausgeben kann, und man will es ja nicht in inflationären Ausmaß herausgeben. Wird das Geld aber wieder reflatet läuft da das kaufkraftbeständige alternative Geld um und bleibt auch durch die Umlaufgebühr im Umlauf. Das Dauergeld mußte wesentlich mehr als 5% inflationiert werden um das auszugleichen und dann werden die Gläubiger auf die Rückzahlung der Riesenschulden drängen um das Geld in sicherere Werte oder ins Ausland zu transferieren oder gar in alternatives Geld gehen, weil das ja nur 5% im Jahr verliert, selbst wenn man es unter der Matratze liegen läßt.

Die einzig sichere Methode, die der Staat hätte, wenn er nicht Gewalt anwenden will und alle Benutzer alternativen Geldes einsperren läßt, ist eines. Er muß sein Geld auch mit einer Umlaufsicherung ausstatten und einen festen Wert garantieren. Tut er das, läßt sich alternatives Geld nicht mehr lange halten, weil es dann keinen Vorteil mehr bietet. Die Herausgeber des alternativen Geldes werden ihm aber keine Träne nachweinen. Sie haben ja erreicht, was sie wollten.

Die exakte technische Durchführung einer lokalen Zweitwährung ist vielleicht bisher zu wenig behandelt worden, weil ja die praktischen Versuche mit der Wära und in Wörgl mit dem Markengeld anstandslos funktioniert haben. Wenn jemand dann nach einer noch genaueren Gebrauchsanweisung sucht, liegt der Verdacht nahe, daß er eher die Sache zerreden will.

Trotzdem möchte ich hier eine Idee für alternatives Geld vorstellen, die angelehnt an die ebenfalls erfolgreich umlaufenden Brakteaten des Mittelalters die etwas umständliche Markenkleberei der anderen Versuche überflüssig macht. Sie ist so einfach, daß man sie in einem Satz sagen kann: „Gebt Geld mit Ablaufdatum heraus!“

Das war auch bei den Brakteaten so. Da wurde das Geld lange Zeit einmal im Jahr gegen neues ausgetauscht. Der „Schlagsatz“ wie man damals die Umlaufsicherung nannte (wobei es ihnen nicht einmal klar war, daß es eine Umlaufsicherung war) betrug damals allerdings 20 bis 25%. Wir wissen heute, daß auch 3 bis 5% genügen würden.

Das ist alles! Die Ablaufdaten sollten so gestaffelt sein, daß der Umtausch (oder die Anbringung eines neuen Ablaufdatums) sich so auf die 12 Monate verteilt, daß immer 11 Zwölftel der Geldmenge davon nicht berührt werden und so keine Stockung auftreten kann.

Die Umtauschgebühr von 5% ist somit die Umlaufsicherung, welche das Geld den Waren gleich stellt. Einfach, problemlos und sofort durchzuführen, wenn man nur will. Damit ist allerdings Geld nicht mehr als Wertaufbewahrungsmittel so gut geeignet wie jetzt. Es verliert in dem Fall 5%, obwohl seine Wertbeständigkeit und somit seine Eigenschaft als Wertmaßstab erst jetzt garantiert werden kann.

Jetzt verliert Geld durch Inflation oft viel mehr als 5%, seine Eignung als Wertaufbewahrungsmittel ist also mehr als fraglich und die Leute benützen es bei Inflation auch kaum mehr dafür. Warum existiert also diese absolute Gegnerschaft gegen eine so einleuchtende und einfache Reform? Sollten da Machtinteressen gefährdet sein?

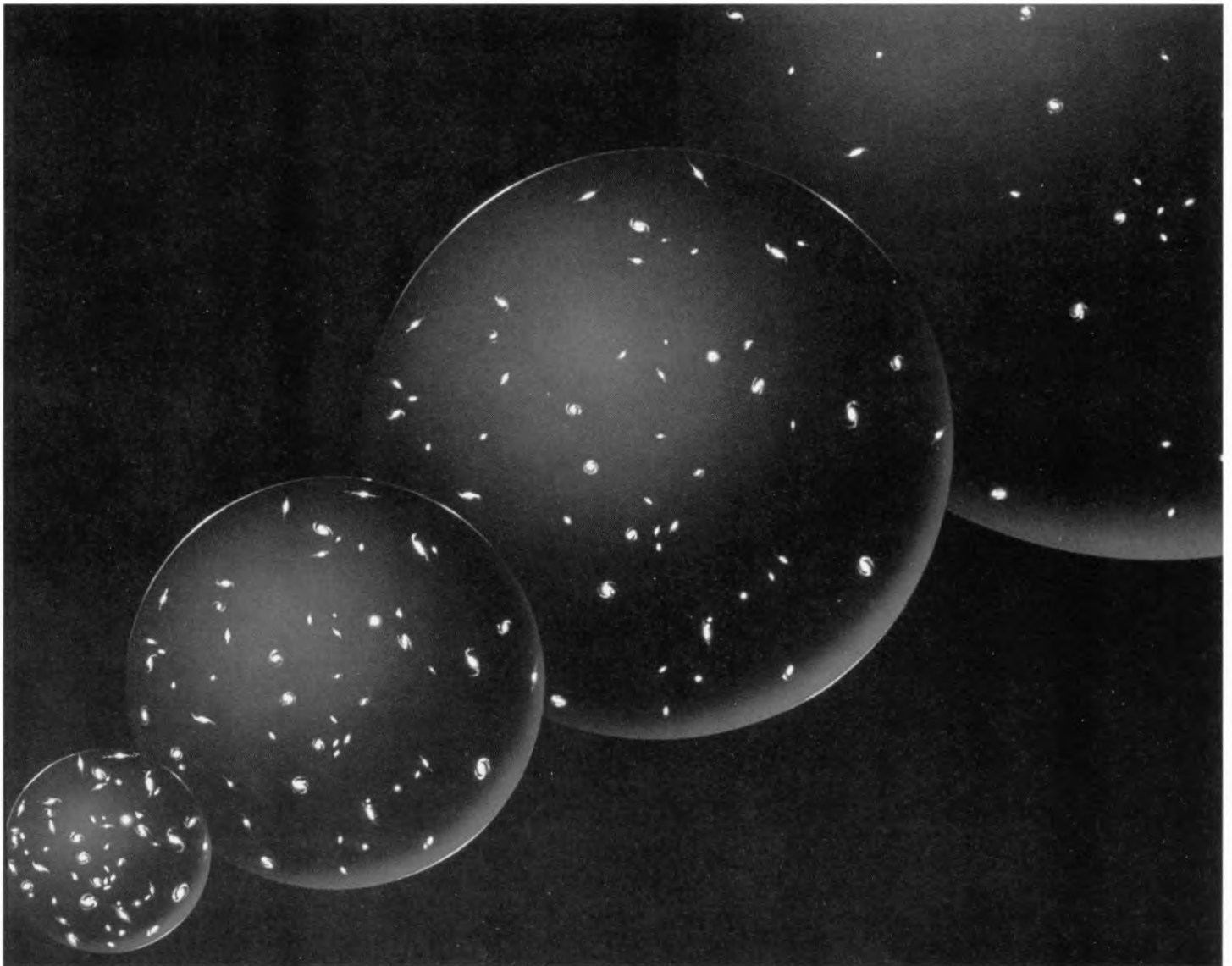
Ende

Autorenschaft ungewiss

Rangfolge oder Gleichrangigkeit der Maßnahmen offen.TA

Ein Astrophysiker über astrale und globale Knalleffekte

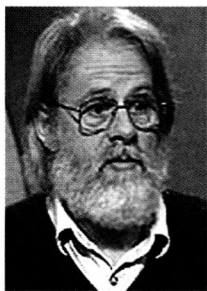
VOM URKNALL ZUM ZINSKNALL



Grundlage des folgenden Textes ist eine Rede, die der Astrophysiker und „Wanderprediger“ Peter Kafka auf einem Symposium des Hessischen Kultusministeriums in Wiesbaden hielt. „Wanderprediger“ nannte er sich selbst, als er sein Wissen und Denken über das von ihm so benannte „Uni-/Multiversum“ auf die herrschenden Verhältnisse auf dem Planeten Erde zu „übersetzen“ und öffentlich zu machen begann. Hier folgen Auszüge aus dieser Rede, die tatsächlich den Bogen vom Urknall bis zum Zinsknull, nämlich bis zu den Analysen und Reform-Ideen eines Silvio Gesell spannt. Und das ist ziemlich spannend.

Der Autor

Peter Kafka (1933-2000) war Astrophysiker und von 1965 bis 1998 am Max-Planck-Institut für Astrophysik tätig. Seine systemtheoretischen Erkenntnisse hat er über seinen Fachbereich hinaus verallgemeinert und auf jenes Geschehen angewandt, das als „Fortschritt“ bezeichnet wird. Seine Vorträge, Artikel und Bücher haben ihm Titel wie „Fortschrittskritiker“, „Ökologe“ und „Kernkraftkritiker“ eingebracht.



Literatur

von Peter Kafka

Gegen den Untergang

Schöpfungsprinzip und globale Beschleunigungskrise, Hanser, München 1994 (vergriffen).

Das Grundgesetz vom Aufstieg

Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt, Hanser, München 1989.

Kernenergie – ja oder nein?

Eine Auseinandersetzung zwischen zwei Physikern, Piper, München 1987.

Tschernobyl, die Informationslücke

Anleitung zum Volkszorn, Schneekluth, München 1986.

Selbst Repräsentanten und Diener der Macht spüren, dass Gesellschaft und Biosphäre am Abrutschen sind. Nur empfinden fast alle das Geschehen als praktisch zwangsläufig. Die Macht organisiert sich heute vor allem durch den Aberglauben, es handle sich hier um quasi naturgesetzliche Abläufe. So erscheint es aus der Sicht der gegenwärtigen Realität als unrealistisch oder utopisch, den Untergang durch Übergang zu etwas ganz anderem ersetzen zu wollen. Den so genannten Realisten fehlt bekanntlich der Möglichkeitssinn. Wecken wir ihn durch einen Blick auf die Geschichte.

Wie funktioniert eigentlich Schöpfung? Kann sie – trotz des so offensichtlichen, wunderbaren Aufstiegs seit dem Urknall – auch schief gehen? Wann führt der Fortschritt wahrscheinlich aufwärts und wann wahrscheinlich abwärts – zum Zusammenbruch? Gibt es hierfür logisch einsichtige Bedingungen?

Es ist verblüffend, wie wenige von uns diese Frage stellen oder auch nur zulassen wollen. Mich bewegte sie seit der Kindheit. Die Anzeichen allgemeinen Wahnsinns waren ja unübersehbar. Da ich später auch als Astrophysiker über den Schöpfungsprozess nachzudenken hatte, musste ich noch weiter unten, an den Wurzeln, anfangen. Ich kam auf ziemlich einfache Antworten und habe mich überzeugt: Bei Kindern mögen sogar zwanzig Minuten ausreichen, um das Wesentliche klarzumachen. Bei gebildeten Leuten natürlich nicht. Da wäre zu viel Gedankenschutt

wegzuräumen. Aber wenigstens an die Wissenschaft glauben Sie doch alle. So will ich aus wissenschaftlicher Sicht kurz ans Schöpfungsprinzip und ans Wesen der globalen Beschleunigungskrise erinnern.

Auch wir selbst sind ja offensichtlich Teil der materiellen Welt in Raum und Zeit, mit der sich die Wissenschaften beschäftigen. Wie also findet diese so genannte Wirklichkeit ihren Weg in der unermesslich großen Menge an Möglichkeiten – seit etwa 15 Milliarden Jahren insgesamt aufwärts? Welche Prinzipien stehen dahinter?

Am Anfang stand wohl der einfachste denkbare Zustand. Da ist alles Eins, ohne jede detaillierte Struktur, so dicht und gleichmäßig zusammen wie möglich, und alles fliegt so gleichmäßig wie möglich auseinander. Aus diesem simpelsten möglichen Zustand ist nun geworden, was wir unser Weltall nennen. Dazu gehört unser Milchstraßensystem, unsere Sonne, die Erde, ihre Biosphäre, die Gesellschaft – und das, was hier und jetzt in unseren Köpfen geschieht. Merkwürdig! Wie kam das alles?

Der Zufall spielt eine entscheidende Rolle. Wie konnte ein solches Schöpfungsprinzip die Welt dennoch so offensichtlich insgesamt ständig aufwärts klettern lassen? Verstehen wir das? Ja, wir verstehen das heute. Der Zufall ist in den Gesetzen der Natur

eingebaut – er ist sogar, gewissermaßen, die einzige Notwendigkeit. Alle Wirklichkeit muss ständig herumzappeln, und eben dadurch tastet sie ihre Nachbarschaft im Raum der Möglichkeiten ab. Werden dabei Möglichkeiten berührt, in denen die Dinge ein bisschen besser zusammenpassen, so wird wahrscheinlich an dieser Stelle weitergegangen. Verwirklicht wird also im Geprassel der Zufälle nur das, was eine dazu passende Wirklichkeit findet. Sie zeichnet eine Linie in diesen unendlich-dimensionalen Raum. Die „Länge“ dieser Linie erfahren wir als Zeit. Sie begann im simplen Urknall.

Die Frage, die nun so viele von uns bewegt, ist doch gerade: Wird die Entwicklung im Raum der Möglichkeiten unserer Erde zurückfallen oder weiter „aufwärts“ führen? Können wir das überhaupt unterscheiden? Bedeuten womöglich gerade die globale Vereinheitlichung und Beschleunigung, dass wir in eine Instabilität geraten sind? Sind wir auf dem Weg zur Hölle?

Vielleicht sagt Ihnen schon die eigene Intuition und Erfahrung: Die kritische Grenze ist überschritten, wenn fast alle in der Mitte des eigenen Lebens nicht mehr wieder finden, was sie kennen und lieben gelernt haben, und wenn sie ihren Kindern nicht sagen können wie es weitergehen soll. Es ist soweit.

Bei zu raschen, zu großen Abweichungen geht es eben schief – und wenn der völlige Untergang noch vermeidbar ist, kehrt man in die Nähe des Bewährten zurück. Und doch sagen Theorie und Erfahrung: Die kritische Innovationsgeschwindigkeit muss schließlich global erreicht und überschritten werden – und unsere Zeit ist es, in der dies geschieht! Wir selbst verkörpern diese singuläre Epoche in der Erdgeschichte: die globale Beschleunigungskrise.

Krise heißt Entscheidung, nicht Untergang. Die Einsicht ins Wesen der Krise zeigt, was im weiteren Selbstorganisationsprozess geschehen muss, damit es weiter aufwärts gehen kann: Die logischen Voraussetzungen wirklicher

Wertschöpfung müssen wiederhergestellt und verfassungsmäßig gesichert werden.

Was ist los mit der so genannten Wirtschaft? Führende Wissenschaftler und Politiker sehen nicht, was jedes Kind sehen kann (sogar, wenn es nur fernsieht):

Die so genannte Wirtschaft ist ein Popanz. Ökonomische Lehrbücher mögen fehlerfrei sein – und sind doch grundfalsch. Sozusagen schon vor der ersten Seite sind entscheidende Fehler passiert. Die Grundbegriffe enthalten fatale innere Widersprüche.

Wie kindisch, sich beim Erwachsenwerden der Wachstumsschwäche zu schämen! Mag auch die Schulbank hier und da als Streckbank gestaltet sein, so weiß doch schon der Jugendliche, dass nun andere Aufgaben bevorstehen. Offensichtlich ist in den führenden Industrienationen jetzt etwas anderes fällig als das so genannte Wirtschaftswachstum. Dies zeigen nicht nur die ökologischen und gesellschaftlichen Zerstörungsprozesse, für die viele kein Gespür haben; nein, auch auf der Oberfläche, im Wirtschaftsleben, meldet sich ein garstiges Jucken – und alle verordneten Salben schienen es nur schlimmer zu machen.

Was muss heute eigentlich wachsen, damit es uns besser geht? Die „Weisen“ sagen noch immer: Das reale Sozialprodukt, die so genannte Wertschöpfung. Was sind das für Werte, die wir da schaffen? Offenbar dient die wirtschaftliche Aktivität in entwickelten Ländern überwiegend nicht mehr dem Wohl der Bürger. Das predigen ja auch die Experten schon lange – ohne freilich zu merken, was sie da eigentlich sagen: Wenn das reale Bruttosozialprodukt nicht wächst, geht es uns schlechter! Mit anderen Worten: Tun wir heuer das gleiche wie voriges Jahr, so geht's bergab. Warum nur, wenn wir dauernd Werte schaffen? Falls uns nicht ständig von außen Gewalt angetan wird, muss das wohl bedeuten: Unser eigenes Tun

richtet insgesamt mehr Schaden als Nutzen an. Tun wir mehr vom Gleichen, um so das Sozialprodukt wachsen zu lassen, wird's also noch schneller bergab gehen – nicht wahr?

Das ist kein scheinbares Paradox, sondern ein echter innerer Widerspruch unserer Leitideen. Im Bruttosozialprodukt wird einfach alles, was Geld gekostet hat, aufaddiert. Es gibt kein negatives Tun. Noch die schlimmste Zerstörung trägt positiv bei. Schon eindimensionales Denken ist also den Wirtschaftsweisen zu hoch. Nicht einmal Plus und Minus wollen sie unterscheiden. Eine halbe Dimension muss genügen. Gerade mal die Null kommt noch vor: Mit ihr wird bewertet, was nicht verkauft und bezahlt wird – zum Beispiel was Eltern für Kinder tun. Der Expertenmaßstab versagt offensichtlich auf den Prüfständen der Logik wie der Praxis.

Nicht nach dem Geldumsatz wäre doch wirtschaftlicher Erfolg zu beurteilen, sondern nach den Folgen für Menschen und Umwelt.

Wollen wir auch als Erwachsene weiter wachsen, so müssen wir es wohl in anderen Dimensionen versuchen. Der eigentliche „Reformstau“ liegt offenbar in den Grundideen über die so genannte Wirtschaft. Die Mehrheit darf sich nicht mehr von hoch bezahlten Weisen weismachen lassen, das Wirtschaftsleben folge unabänderlichen Naturgesetzen.

Jahrhunderte lang haben wir daraufhin gearbeitet, weniger arbeiten zu müssen. Wie dumm – jetzt ist es geschafft! Bald können wenige Prozent aller Menschen den Güterbedarf aller anderen decken. Was sollen dann die anderen tun? Könnten wir das bisschen Arbeit gerecht verteilen und uns mit der gewonnenen Muße höheren Fähigkeiten zuwenden? Blauäugig! – sagen die Experten. Härter müssen wir arbeiten, denn wir stehen im globalen Wettbewerb! Was das ist? Eine Art Weltkrieg, möchte man meinen, wenn man die Heerführer von schlagkräftigem

Projektmanagement und Durchbruchstrategien reden hört.

Was ist eigentlich das Ziel des Rennens? Wohin will alle Welt, die da Runde um Runde im globalen Stadion läuft? Niemand kann ein Ziel nennen. Es gibt gar keines! Nur schneller muss das Rennen werden! Wer im Wettbewerb nicht vorn ist, geht unter, heißt es. Und doch im gleichen Atemzug: Wir brauchen mehr Wettbewerb! Wir wollen also nicht nur, dass andere untergehen – nein, wir wollen uns dafür auch noch mehr anstrengen müssen.

Könnten wir nicht gemeinsam dafür sorgen, dass es alle leichter haben und dass trotzdem niemand untergehen muss? – Ja, eben dafür brauchen wir noch mehr globale Zusammenarbeit, heißt es. Doch wie merkwürdig: Mehr internationale Kooperation scheint noch mehr Konkurrenz zu bedeuten. Wer im globalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte bestehen will, darf sich nicht so sehr um Kranke und Behinderte, Kinder und Alte oder gar um Umwelt und Menschenrechte scheren.

Warum nur lassen wir zu, dass die paar Leute auf den Rängen sich alle unsere Lebensgrundlagen aneignen – noch dazu mit leistungslosen Einkommen aus Wettgewinnen? Wollen wir nicht das Rennen absagen und uns daran machen, das Stadion in einen Garten zu verwandeln? Ach so – das geht nicht – wegen der Besitzstände. Es gehört längst alles den Sponsoren.

Eben hatten wir Deutschen noch die gemeinsten Verbrechen der letzten Jahrtausende organisiert und wieder einmal alles kaputt geschlagen.

Als Nebenwirkung der 50 Jahre des Wiederaufbaus entstanden phantastische Vermögen – größer als je in unserer Geschichte, wenn auch nur ein Teil der vielen tausend Milliarden den Statistikern oder gar Finanzämtern bekannt ist. Nun aber heißt es: Wir müssen sparen! Es ist kein Geld da! – Ja, wo ist es denn eigentlich? An der Macht ist es.

Und so dient es nicht seinem eigentlichen Zweck, den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu erleichtern. Das lohnt sich kaum. Was sich lohnt, ist das Haben – sofern die geistige Leistung hinzukommt, die Mehrheit im Aberglauben zu erhalten, es sei quasi naturgesetzlich, dass man Arbeit und Lebenssinn nur finden kann, wenn man mithilfe, jenes Eigentum weiter anwachsen lassen.

Privatisierung nennt man den letzten Akt der Unterwerfung unter die Macht der Vermögen. Das letzte Stück Land in kommunalem Eigentum und die letzten noch aus gemeinnützigem Antrieb geschaffenen Werte müssen den Geldbesitzern ausgeliefert werden, um endlich effizienter dem Vermögenswachstum zu dienen.

Und Deregulierung nennt man es, wenn alle nicht durch Geldbeträge benennbaren Wertvorstellungen aus der Gesellschaftsverfassung verdrängt werden – all jene seltsamen Bräuche und Einrichtungen, die man einst die Kultur eines Landes nannte und die doch kaum geldwerten Vorteil brachten. Das kann ganz zwanglos abgeschafft werden. Der freie Bürger, der dank 99 Kanälen alles über die Welt erfahren und geistig verarbeitet hat, bestimmt in freien Wahlen eine Regierung, die dann Gesetze oder Ministerratsbeschlüsse durchpeitscht, um letzte Behinderungen für die Freiheit des Geldes abzubauen.

Bis vor kurzem geschah das noch etwas halbherzig und zaghaft. Wohl aus purer Nostalgie glaubte man lange, gewisse demokratische Grundregeln wahren zu müssen. Damit ist es endlich vorbei. Man kann nicht zwei Herren dienen – dem Volk und dem Geld. So lassen nun demokratisch gewählte Parlamente ihre Regierungen Verträge schließen, nach denen die eigene Zuständigkeit und die demokratische Kontrolle zu beseitigen sind. Könnte nicht zum Beispiel mehr Marktwirt-

schaft im Gesundheitswesen durchaus zu noch effektiverer Kapitalbedienung durch Patienten, Versicherte, Ärzte und Pflegepersonal verhelfen? Oder denken wir ans Bildungswesen: Was hier noch alles an „Sparmaßnahmen“ möglich wäre!

Als der Liberalismus entstand, lebte die Wirtschaft von Sklavenhaltung. Auch der Neoliberalismus kommt nicht ohne sie aus. Nur hat die Sklaverei eine höhere Organisationsform erreicht: Man muss nun nicht mehr Menschen besitzen – igitt, das wäre doch eklig – nein, es genügt die Aneignung ihrer Lebensgrundlagen. An der Wurzel liberaler Ethik lagen die Ideen von Freiheit und Gerechtigkeit, Grundlagen der Moderne. Zwar wurde nie geklärt, wer eigentlich frei sein soll, aber der Streit hat sich erledigt. Das freie Spiel der Kräfte ergab: Freiheit für die Macht der Vermögen, sich weltweit alle Freiräume und Lebensgrundlagen anzueignen! Was dann wohl Gerechtigkeit bedeuten mag? Chancengleichheit natürlich! Jeder soll die Chance haben, anderen ihre Chancen wegzunehmen – wenn er die Macht dazu hat, also reich genug ist.

Gegen die Macht aufstehen können nur jene, die nicht alle Kraft zum Ringen um die bloße Existenz brauchen und die doch noch etwas anderes im Kopf und im Herzen haben als die Gier, selbst zu den Mächtigen zu gehören. Noch sind das bei uns viele, und immer mehr von ihnen beginnen sich der Schlagworte der Anführer zu schämen, weil deren innere Widersprüche und Machtansprüche so schamlos offensichtlich werden. Ist es vorstellbar, dass genügend viele ihre Fähigkeiten nicht zum Gebrauch der Ellenbogen einsetzen wollen, sondern zum Mittragen des Ganzen? Dann ergäbe sich schnell eine neue „Meinungsführerschaft“, und ein Wettlauf nach lebensfähigeren gesellschaftlichen Leitbildern könnte einsetzen.

Nur in den reichen Ländern ist der Wandel ohne Gewalt möglich, allein durch die Ausbreitung gesunden Menschenverstands, den auch die Medien

der Mächtigen nicht ganz zum Schweigen bringen können. Weil es immer weniger sind, die fast alles besitzen, wird das angeblich so unpopuläre Rütteln an Besitzständen populär werden und hoffentlich auf dem ganz normalen Wege demokratischer Gesetzgebung zu fundamentalem Wandel führen.

Es ist wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleider. Die Ideen des Liberalismus waren einst der geschichtlichen Situation angemessen und durchaus kleidsam. Der Neoliberalismus aber ist der letzte Versuch, die absurd gewordene, nackte Macht des Geldes mit Ideologie zu verbrämen. Seine Verkünder werden sich verschämt verkriechen, wenn Kinderfragen laut werden und in Parteiprogramme und Wahlergebnisse eingehen.

Schon höre ich die Kinderfragen. Mitten in eine Ministerrede über den notwendigen Subventionsabbau und die Verhinderung des Sozialhilfemissbrauchs platzen sie herein: Müsstet ihr nicht vor allem aufhören, das Kapital zu subventionieren? Macht nicht diese Sozialhilfe für die wenigen Reichen zehnmal mehr aus als die Sozialhilfe für die vielen Armen? Da sind wohl die Milliarden gemeint, die den Besitzenden täglich als „Vermögenserträge“ zugeschoben werden.

Wie soll ein Kind das Eigentumsrecht und die Berechtigung leistungsloser Einkommen aus Zins und Zinseszins verstehen? Auch der Lehrer, der es an der Hand hat, versteht das alles nicht und muss daher zu moralischem Tadel greifen. Ich höre ihn etwas von Leistung und Sozialneid murmeln. Aber das Kind will's einfach nicht begreifen. Da ist es schon wieder, das Stimmchen:

Warum sind eigentlich die Reichen so neidisch auf die Armen? Warum gönnen sie ihnen nicht einmal mehr Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe, wenn sie doch selber ohne jede Leistung so viel mehr geschenkt kriegen?

Die Zeit läuft ab. Worauf es ankommt, dürfte jetzt klar sein: Die wesentliche Front unseres Zappelns muss künftig in den seelisch-geistigen Fähigkeiten liegen – und hierzu müssen wir uns endlich befreien. Das bedeutet die Emanzipation von militärischer und wirtschaftlicher Macht, wie auch vom Aberglauben, die Wissenschaft könne und müsse in Eile die Welt verbessern. Nun muss nur die nächste große Kulturleistung gelingen, nämlich dem „Großen und Schnellen“ verfassungsmäßige Schranken zu setzen. Innovation ist nur dort dringend, wo sie dazu beiträgt, die schlimmsten Sünden der letzten Jahrzehnte zu heilen.

Dies ist für viele Wissenschaftler zunächst völlig unvorstellbar, weil ja gerade für sie selbst das Voranströmen mittels „Schlüsseltechnologien und Durchbrüchen“ zur Lebensgrundlage und zur Quelle hohen gesellschaftlichen Ansehens geworden ist. So findet in der Wissenschaft eine Auslese gegen die Vernunft statt: Wer Bedenken hat, scheidet aus – und das Rennen geht beschleunigt weiter. Sofort treten skrupellose an ihre Stelle, wenn nicht gesellschaftliche Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass kindischer Größenwahn nicht mit Ruhm und Geld belohnt wird. Denken wir etwa an das Programm der „Chemie-Riesen“ Monsanto oder Farbwerke Hoechst, die Äcker der Welt mit ihren Totalherbiziden „round-up“ oder „Bravo“ überschütten, so dass nur noch genetisch manipulierte, mit entsprechenden Resistenzgenen versehene Kulturpflanzen gedeihen können. Welch phantastische Einkommensquelle und globale Macht für die shareholder und andere Geldgeber! Weil von solchem Segen etwas auf die beteiligten Wissenschaftler abfiel, reden sich einige von diesen ein, die Sache werde wahrscheinlich gut gehen, wenn man nur guten Willens und mit Vorsicht an sie herangehe. Und natürlich kommen wahrscheinlich gerade jene an die Spitze entsprechender Forschungsinstitute und in Kommissionen zur „Folgenabschätzung“ und zur Definition des „Standes von Wissen-

schaft und Technik“. Letzterer ist ja entscheidend fürs so genannte Gewissen. Wenn nämlich nach Jahren oder Jahrzehnten die Folgen des „Durcheinanderwerfens“ sichtbar werden, dann wird man sagen wollen: „Es war niemand schuld, denn nach dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik war eine solche Entwicklung nicht vorhersehbar.“ Nicht die geringste Hoffnung ist gerechtfertigt, dass das Fortschreiten auf dem mit chemischer und biologischer Großtechnik eingeschlagenen Weg gut gehen kann. Schon heute wären ja die dümmsten Fehlentwicklungen mit einem simplen Gesetz über langjährige Versicherungspflicht für etwaige Spätfolgen zu stoppen.

An dieser Stelle der Diskussion bringen interessierte Industrien und Wissenschaftler natürlich den „Mythos vom Hunger“ ins Spiel: Wenn wir nicht risikofreudiger sind, hat die Menschheit keine Überlebenschance! Aber das ist längst widerlegt. Nicht nur die berüchtigten „grünen Spinner“, sondern auch Forschergruppen der amerikanischen Akademie der Wissenschaften haben in detaillierten Studien gezeigt: Fast überall auf der Erde könnten die Menschen sich auch heute und morgen mit ziemlich altmodischer Landwirtschaft von Erträgen des eigenen Landes ernähren – wobei freilich auch vielfältige, lokal angepasste Verbesserungen möglich sind, die keine Gefahren heraufbeschwören würden.

Die Siegesmeldungen von einer anderen Front, an der ständig Durchbrüche gefeiert werden, sind nicht weniger voreilig: Auch die Vorstellung, der Mensch gewinne wesentliches, wenn jeder mit jedem jederzeit „kommunizieren“ oder über Datenautobahnen gewaltige Datenmengen beziehen oder verteilen könnte, ist leicht als Wahn erkennbar. Kommunikation setzt Gemeinsamkeit voraus, doch diese wächst ähnlich langsam wie die Persönlichkeit selbst. Beim Versuch eiliger Erweiterung kann nur Einfalt entstehen. Die Überschwemmung mit so genannter Information bedeutet vor allem „In-

nenweltverschmutzung“. Datenübermittlung und Information sind nämlich ganz verschiedene Dinge. Information entsteht erst durch „Verarbeitung“ – also das Abtasten und Bewerten der „Daten“ im komplexen Zusammenhang. Der Versuch, diesen Prozess im Menschen über das ihm evolutionär mitgegebene Maß hinaus wesentlich zu erweitern und zu beschleunigen, fuhr zwangsläufig zu seiner Degradierung und Simplifizierung – wie schon in der modernen Sprachentwicklung deutlich wird, die eng mit dem gesamten „Innenleben“ gekoppelt ist.

Die Vision, nun werde eben der Computer weitgehend an die Stelle des Menschen treten, entspringt einem kindischen Missverständnis darüber, was Komplexität bedeutet und wie sie entstehen und reproduziert werden kann. Wo die Simplifizierung und „Vermüllung“ des Innenlebens und der zwischenmenschlichen Beziehungen noch nicht zu weit fortgeschritten ist, da ist deshalb auch die Erfahrung durchaus lebendig, dass wir die Krone der Schöpfung sind – gerade wegen unserer nicht „wissenschaftlich fassbaren“ Fähigkeiten wie jener zu „Glaube, Hoffnung und Liebe“. Der meiste Zivilisationsplunder ist dagegen läppisch – komplizierter Müll anstelle lebensfähiger Komplexität.

„Aber die Menschen wollen das nun einmal – wir leben schließlich in einer Demokratie“, heißt es dann. Hierzulande sollte wohl dieses Argument nicht mehr genügen, um die Suche nach lebensfähigeren Ideen zu verteufeln. Natürlich kommen große Instabilitäten genau dadurch zustande, dass sich ihnen die Mehrheit anschließt. Am Höhepunkt der globalen Beschleunigungskrise ist es also eine triviale Selbstverständlichkeit, dass „die Mehrheit unrecht hat“. Aber das ist nicht ein Fehler der Mehrheit, sondern der Anführer.

Fast alle Menschen haben das Zeug, fröhlich zu sein, zu lieben und sich auch über das Glück ihrer Nächsten und aller Mitge-

schöpfe zu freuen. Der Drang zu Macht und Ausbeutung nimmt erst überhand, wenn die Freiräume für diese eigentlich menschlichsten Fähigkeiten verloren gehen.

Dann setzt ein „Teufelskreis“ ein – die abwärts führende Spirale der Konkurrenz um Lebensgrundlagen.

Kann sich der Mensch endlich von den Zwängen und Abhängigkeiten befreien? Die Frage spitzt sich heute auf einen „Knackpunkt“ zu: Lässt sich auch die modernere Form der Sklaverei abschaffen – nämlich das Eigentum an den Lebensgrundlagen anderer? Kurz: Lässt sich die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien?

Nahe liegend ist das radikale Ausweichen mancher religiöser oder esoterischer Lehren: Weil unser eigentliches Wesen in unserer Spiritualität liegt, komme es auf so „weltliche“ Dinge wie Politik gar nicht an. Warum also über die Gesellschaft nachdenken? Aber auch die „Materialisten“ landen meist bei der Aussage, man müsse „dem Kaiser geben, was des Kaisers ist“, weil sie dazu neigen, diesen Zwang unerbittlichen Naturgesetzen zuzuschreiben. Das beliebte „Was kann schon der einzelne tun?“ ist sehr förderlich fürs „Teile und herrsche“ der Mächtigen. Es dient der Unterdrückung besserer Ideen so gut wie das „Gott hat gesagt“. Jetzt allerdings, angesichts immer absurderer Erscheinungen auf den so genannten freien Märkten, beginnen die Stimmung und die veröffentlichte Meinung in die Gegenrichtung umzuschlagen. Sogar ein Wort dafür hat sich zur rechten Zeit eingestellt: Kommunitarismus. Man wagt wieder zu denken: Es gibt so etwas wie gemeinsame Ziele und Aufgaben. Trotz Fernsehen und Bildungsbürokratie ist der menschliche Geist nicht ausgerottet, und er leidet! Weltweit begannen Denkende und Fühlende schon lange, sich als eine Art von Proletariat zu sehen, das sich gegen die Entrechtung und Ausbeutung durch globale Wirtschaftsmacht, pseudowissenschaftlichen Größenwahn und

mediale Verblödung würde vereinigen müssen. Nun wird dieser Prozess durch die wirtschaftlichen Absurditäten beschleunigt, weil sogar in den „führenden Ländern“ bereits die Mehrheit von diesen betroffen ist.

Wenn die Mehrheit zu kippen beginnt, arbeiten natürlich die „Investoren“ daran, die politischen Entscheidungen von gewählten Parlamenten auf erlesene Expertenkommissionen zu verlagern. Aber die Idee der Demokratie ist in den führenden Ländern noch verankert, und so besteht die Chance, dass die notwendige Revolution gewaltlos, allein durch Ausbreitung besserer Ideen und entsprechenden Bewusstseinswandel geschieht. Sichtbar werden wird dieser Prozess, wie jeder phasenübergangsartige Selbstorganisationsprozess, zunächst in Keimzellen. Noch ist auch Deutschland frei, zu einem solchen Ausgangspunkt globalen Wandels zu werden. Die geschichtlichen Voraussetzungen sind hier besser als an vielen anderen Stellen. Vielleicht aber wird das Umkippen der öffentlichen Meinung sogar in ganz Europa fast gleichzeitig einsetzen.

Warum sollte die Abschaffung des militärischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Imperialismus gerade jetzt erreichbar werden, wenn doch seit Jahrtausenden jeder Versuch, ihn irgendwo zu sichern, mit Gewalt hinweggefegt wurde?

Erst die schnelle globale Wechselwirkung am Höhepunkt der Krise schafft nun auch die Mittel zu deren Überwindung. Da helfen also sogar die Datenautobahnen mit. Binnen einer Generation wird die Mehrheit überall erkennen, warum es mit Menschheit und Biosphäre abwärts geht – und wie der Absturz doch noch zu verhindern ist. Erst jetzt kann mit dem Willen auch Handlungsfähigkeit erwachsen.

Innerer Widerstand gegen zerstörerische Macht regt sich oft zunächst in Frauen. Natürlich schallt heute sogar

angesehenen Frauen wie Viviane Forrester oder Marion Dönhoff, die ihre Stimme gegen die „Unmoral“ des Kapitalismus erheben, sogleich entgegen: Deine Skrupel und dein Gerechtigkeitsgefühl in Ehren – aber du verstehst eben nichts von der Wirtschaft! Du lebst in einer Traumwelt wie vor hundert Jahren Bertha von Suttner mit ihrem Ruf „Die Waffen nieder!“ Sie verstand eben nichts von Strategie und Taktik der Kriegskunst. Aber siehe da: Je näher die Wirklichkeit an die Abgründe rückt, umso näher kommt sie auch jener „Traumwelt“. An gemeinsamer Abschaffung des Krieges wird immerhin schon ein bisschen gearbeitet – und auch das Ende der Ausbeutung wird praktisch vorstellbar. Wo der Wille einer Mehrheit hierfür Institutionen schaffen und sichern könnte, da beginnt das Gerede von der Utopie plötzlich zu klingen, als werfe man einem Vegetarier vor: „Du verstehst eben nichts von fachgerechter Metzgerei“.

Vegetarier zu werden ist nicht schwer, da die meisten Fleischfresser keine Vegetarier fressen. Dagegen erfordert der Übergang zur pazifistischen Weltgesellschaft natürlich Institutionen gegen Aggressoren. Wie die Arbeit hieran von Keimzellen ausgehen könnte, in denen die nationale Rüstung zunächst auf „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ gegenüber den Nachbarn umgestellt wird, ist schon vielfach bedacht worden. Die Übernahme solcher Konzepte in Zusammenarbeit größerer Regionen wird schließlich zu einer Welt relativ kleiner Nationen führen, die alle gemeinsam ihren unabhängigen Bestand garantieren und durch regionale und weltweite „Einsatztruppen“ jegliche Machtübernahme von außen oder innen verhindern. Nationale Streitkräfte wird es dann so wenig geben, wie es bei uns Maschinengewehre für den Schutz des eigenen Gartens gibt.

Wo Macht über Nachbarn oder eigene Minderheiten verfassungsmäßig ausgeschlossen ist, erlischt zwar die Konkurrenz um Macht, aber nicht etwa der Drang nach Abgrenzung. Auch in Familien geht es doch nicht darum, et-

wa sämtliche Individuen zu einem einzigen Organismus zu verschmelzen. Die Vielfalt ist ja, wie wir sahen, schon systemtheoretisch gesehen Grundvoraussetzung allen evolutionären Fortschritts. Und gesunder Nationalstolz ist keineswegs etwas unerfreuliches, wenn er sich nicht gegen andere richten kann – und wenn er, wie der Stolz des seelisch gesunden Individuums, im rechten Gleichgewicht mit angemessener Scham steht.

Die Idee einer „multikulturellen globalen Einheitsgesellschaft“ ist ein Widerspruch in sich. Kultur entsteht und bewahrt sich gerade durch Abgrenzung. Richtig: Ihr allmählicher Fortschritt geschieht vor allem durch die Wechselwirkung mit anderen entlang den Grenzen und in gewissen regionalen Zentren, in denen sich Kulturen begegnen und auch ein wenig mischen. Aber diese Vermischung muss aufs Ganze gesehen langsam im Vergleich zum Menschenleben geschehen. Daraus folgen zum Beispiel allgemeine Verfassungsregeln für die nationale Einwanderungspolitik der Mitglieder einer künftigen Weltgesellschaft.

Es gehört zu den wesentlichen Bildungszielen des kommenden Jahrhunderts, das ideologische Chaos in den Köpfen durch ein logisches Fundament zu ersetzen. Wie bei allen kritischen Fragen unserer Zeit geht es hier nicht um „Meinungsstreit“ angesichts einer Menge beliebiger Möglichkeiten, sondern ums Tasten nach Leitideen, die zunächst wenigstens die logischen Voraussetzungen von Lebensfähigkeit erfüllen.

Es mag zunächst lächerlich erscheinen, wenn ich behaupte, aus allgemeinen Gedanken über „Schöpfungsprinzip und globale Beschleunigungskrise“ folge auch etwas über die Wirtschaftsordnung, über das Geld- und Eigentumsrecht, das Steuer- und Rentensystem und sogar über das Bildungswesen des 21. Jahrhunderts.

Aber was sagt uns die Logik, wenn wir auf einem immer steiler werdenden Hang auf einen Abgrund zu ins Rennen geraten sind, immer schneller die Beine bewegen, um nicht ins Stolpern zu kommen? Welch ein Glück, wenn wir doch noch rechtzeitig stolpern und auf die Nase fallen! Gott sei Dank scheinen die so genannte Wirtschaft und die Finanzpolitik das nun für uns zu leisten. Rettende Ideen sind ganz nahe – und zwar nicht in den Köpfen weltfremder oder gewaltbereiter Spinner, sondern im Kern der Programme aller unserer politischen Parteien. Deshalb dürfen wir wohl selbst am Rande des Abgrunds guten Mutes sein, dass wir wieder werden hochklettern können.

Die politische und kulturelle Vielfalt der Menschheit setzt voraus, dass die wirtschaftliche Verflechtung drastisch reduziert wird. Dies ist angesichts der künftigen Fähigkeit, alle wesentlichen Bedürfnisse mit relativ wenig Arbeit lokal abzudecken, eigentlich eine logische Selbstverständlichkeit.

Die Übertreibung des Welthandels und gar der internationalen Finanzmärkte dient fast ausschließlich den Ausbeutungsstrategien des Kapitals, der Aneignung der Lebensgrundlagen von noch mehr Armen durch noch weniger Reiche. Angesichts der heutigen Entwicklungen noch immer simple Beispiele für „rationelleres“ Wirtschaften in internationaler Arbeitsteilung heranzuziehen, um weitere Globalisierung zu empfehlen, ist unverschämt oder einfach lächerlich. Auch wer den systemtheoretischen Hintergrund des Wesens der Krise noch nicht versteht, muss doch beim Anschauen der Welt wenigstens die offensichtlichen inneren Widersprüche der alten Lehren wahrgenommen haben.

Der Ausstieg aus dem globalen Wirtschaftskrieg erscheint heute den Wirtschaftsfachleuten als ebenso unmöglich wie vor hundert Jahren den

Generalen ein Ausstieg aus der Rüstung zum ersten Weltkrieg. Der Schritt zum Nachdenken für eigene „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ – als erste Stufe zur Organisation allgemeinen Friedens – brauchte fast hundert Jahre. Die allgemeine Beschleunigung macht es nun absehbar, dass bald an besonderen Engstellen die Idee einer „strukturellen Nichtausbeutungsfähigkeit“ (nach innen und außen) aufkeimt und sich dann sehr viel schneller ausbreitet.

Wie und wo das geschehen könnte? Über die Details eines so komplexen „Phasenübergangs“ kann man schlecht plausibel spekulieren. Das Muster aber, dem das Ganze zustreben und in das es schließlich „umkippen“ wird, beginnt sich bereits abzuzeichnen

Hier kann ich nur kurz andeuten, wie wir uns einige wesentliche Züge der vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft vorstellen könnten – vor allem das Steuersystem und die gerechte Verteilung der „leistungslosen Einkommen“. Gemeinschaftsaufgaben werden in fünfzig Jahren nicht mehr aus der Besteuerung sinnvoller und erwünschter Tätigkeiten finanziert werden, sondern allein aus Steuern auf schädliche Aktivitäten – das heißt solche, die von der Mehrheit als schädlich erkannt sind. Fast alle heutigen Steuern für Bund, Länder und Kommunen sind dann weggefallen. Die Steuerformen, die an ihre Stelle treten, nenne ich gern Minderwertsteuer und Größenbegrenzungssteuer. Die Minderwertsteuer trifft alle nicht erneuerbaren Formen von Energie und Rohstoffen bei der Entnahme aus der Erde oder bei der Einfuhr, und darüber hinaus zum Beispiel alle Verarbeitungs- und Entsorgungsprozesse, bei denen Schadstoffe freigesetzt werden.

Gegen eine solche Besteuerungsform, die ja als „Ökosteuern“ schon lange im Gespräch ist, wird noch immer mit absurden Argumenten polemisiert. Man muss aber nur eine einzige Zahl anschauen, um die Vernunft und das ungeheure Steuerungspotential in diesem Konzept zu erkennen. Fragen wir doch: Wie hoch müsste eine reine Ener-

giesteuer sein, wenn sie sämtliche heutigen Steuereinnahmen ersetzen sollte? Das ist leicht auszurechnen: Der durchschnittliche deutsche Primärenergieverbrauch liegt nahe 5,5 Kilowatt pro Einwohner, das heißt ein wenig unter 50.000 Kilowattstunden pro Kopf und Jahr. Um das gesamte Steueraufkommen von etwa dreiviertel Billionen Mark zu ersetzen, müssten also nur etwa 20 Pfennig Steuer pro Kilowattstunde Primärenergie erhoben werden. Das würde etwa 60 Pfennig Steuer pro Kilowattstunde elektrischen Stroms und etwas über zwei Mark pro Liter Öl bedeuten. Könnte das wirklich „die Wirtschaft ruinieren“, wenn doch dafür alle anderen Steuern wegfielen?

Natürlich würde eine solche Steuer nicht über Nacht eingeführt, sondern schrittweise. Dann würde die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas allmählich zurückgedrängt. Das wäre ja der Sinn der Sache, denn die nächsten beiden Generationen müssen es schaffen, den heutigen Verbrauch an fossilen Energieträgern praktisch vollständig durch Sonnenenergie zu ersetzen (wozu im weiteren Sinne auch Wasser- und Windenergie gehören). Man würde also die Höhe der Steuer auf fossile Energie mit dem sinkenden Verbrauch steigen lassen, bis dieses Ziel erreicht ist. Danach würde aber nicht etwa Mangel an Besteuerungsgrundlagen herrschen, denn auch alle anderen frisch entnommenen Rohstoffe (einschließlich des Grundwassers) und viele industrielle Prozesse würden ja besteuert.

Der zweite Hauptteil der künftigen Steuerbasis ist ebenfalls leicht zu begründen. Wie wir sahen, muss der selektive Vorteil der Organisation im Großen und der schnellen globalen Innovation beschränkt werden, um auf der endlichen Erde „Vielfalt und Gemächlichkeit“ zu sichern – jene logischen Voraussetzungen wirklicher Wertschöpfung. Die einzig notwendige Organisation im Großen ist also die Schaffung und Sicherung der globalen Verfassung mit eben diesem Ziel. Dagegen wird das ständige Anwachsen wirtschaftlicher Machtstrukturen

grundsätzlich zu behindern sein, wo dies nach Abschaffung des leistungslosen Vermögenswachstums noch nötig ist. Solche Größenbeschränkung wird sich mit relativ wenig Bürokratie erreichen lassen, wenn Steuern zum Beispiel auf die Größe von Unternehmen und Eigentum und die Menge gewisser Produkte erhoben werden. Die Besteuerung wächst mit dem Quadrat der Zahl der Betten eines Hotels oder mit der Zahl der Läden in einer „Ladenkette“ oder exponentiell mit der Einschaltquote einer Fernsehsendung, oder mit der Anzahl von Häusern oder dem Wert von Produktionsmitteln im Besitz einer Person oder Personengruppe.

Nun zum Umgang mit den „leistungslosen Einkommen“. Wenn solche möglich sind, stellen sie natürlich eine gemeinsame Kulturleistung dar und sollten deshalb dazu dienen, die Grundbedürfnisse aller Bürger zu decken – vor allem zunächst die der Kinder, Kranken und Alten.

Was die Gesellschaft heute durch die so genannte Kapitalbedienung in Form von Zinsen und anderen Erträgen als „Sozialhilfe für die Reichen“ aufbringt, um deren Vermögen wachsen zu lassen, das sollte also den Grundstock eines „Bürgergeldes“ bilden.

Die Summe all dieser leistungslosen Einkommen ist nicht einmal den Finanzspezialisten recht bekannt, aber sie dürfte heute in Deutschland in der Nähe des gesamten Steueraufkommens liegen. Dieses entspricht pro Kopf fast zehntausend Mark jährlich, also an die zweitausend Mark monatlich pro bezahltem Arbeitsplatz. Über diese Art von „Beschäftigungsnebenkosten“, die – von der Miete bis zur Bedienung der Staatsverschuldung – in jeder Zahlung versteckt sind und beim zunehmenden Abwürgen unserer Wirtschaft die weitest wichtige Rolle spielen, wagt noch immer kaum jemand zu sprechen.

Diese gewaltigen gesellschaftlichen Leistungen den Reichen zu entziehen

und statt dessen der Allgemeinheit zukommen zu lassen, erfordert natürlich eine drastische Änderung des Geld- und Bodenrechts und des verfassungsmäßigen Eigentumsrechts überhaupt. Ein neues Eigentumsrecht wird sich also erst verwirklichen lassen, wenn mindestens zwei Drittel der Bevölkerung verstanden haben, welche Vorteile daraus für sie selbst und das Ganze erwachsen werden. Dieses Verständnis wird aber vermutlich demnächst rasch zunehmen, weil immer absurdere wirtschaftliche Phänomene erkennen lassen, dass die Leitideen der kapitalistischen Ordnung nicht durch die Krise hindurchzuführen, sondern in inneren Widersprüchen enden.

Dagegen sind die Alternativen im Grundsatz so einleuchtend und schon für den „gesunden Menschenverstand“ so offensichtlich lebens- und entwicklungsfähig, dass man bald bereit sein wird, die Verfassung zu ändern, um jene verfassungsmäßigen Zwänge zu beseitigen, die heute Natur und Menschen an die abwärts führende Spirale fesseln.

Immer mehr Leute aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen beginnen, nach den tieferen Gründen unseres Versagens vor den wichtigsten Problemen zu fragen.

Und bald wird die „Macht des Geldes“ nicht mehr ausreichen, um politische Wirkungen dieses Fragens zu verhindern.

Die detaillierte Diskussion der nötigen Änderungen im Geld- und Eigentumsrecht, die naturgemäß beute noch aus der so genannten Wirtschaftswissenschaft verbannt ist, hat längst begonnen. Eine wichtige Idee ist wahrscheinlich die eines „neutralen Geldes“, das sich nicht schon durchs „Haben“ vermehren kann, das aber durch eine in die Geldordnung eingebaute Umlaufsicherung umso besser seine eigentliche Aufgabe erfüllt, nämlich die Erleichterung des Austauschs von Waren und Dienstleistungen.

Die damit zusammenhängende

Diskussion über Zins und Zinseszins, die ja mindestens seit Moses dokumentiert ist, wurde im zwanzigsten Jahrhundert vor allem von den so genannten „Freiwirtschaftlern“ weitergeführt. Dabei war stets klar, dass Änderungen in der Geldordnung allein nicht ausreichen können, um die Aneignung fremder Lebensgrundlagen und die darin liegende „Fortsetzung der Sklaverei“ zu beschränken. So schlug einer der Väter der Freiwirtschaft, Silvio Gesell, bereits vor hundert Jahren vor, die reine Bodenrente zu kommunalisieren und allen Kindern des Landes zukommen zu lassen.

Ein Land, das zur Keimzelle solcher Entwicklungen werden möchte, müsste ja zunächst aus vielen Verträgen aussteigen. Das internationale Finanzkapital, WTO und Weltbank, amerikanische Regierung und europäische Kommission – sie alle würden selbstverständlich massiven Druck ausüben, falls in einem Land die Mehrheit auf solche Ideen käme. Selbst bei großen demokratischen Mehrheiten wäre damit „Strafmaßnahmen“ aller Art zu rechnen.

Eine wirkliche Abkoppelung vom globalen Wahn ist daher wohl erst vorstellbar, wenn dieser bereits so tief in Turbulenzen geführt hat, dass ohnehin fast alle nur noch mit sich selbst beschäftigt sind – weil klar ist, dass entlang den alten Prinzipien gar keine lebensfähige Lösung in globalem Einverständnis mehr zustande kommen kann.

Schwer vorstellbar, aber nicht unmöglich ist auch, dass gerade in Europa schon vor derartigen Krisensituationen die hier angedeutete „meta-ökonomische“ Diskussion so weit den Boden bereitet hat, dass die europäische Union gemeinsam zu einer anderen Wirtschaftsordnung umschwenken kann. Ihr Gewicht wäre dann wohl groß genug, um rasch die ganze Welt nachfolgen zu lassen. Es ist aber unsinnig, sich schon jetzt den Übergang im Detail

auszumalen. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, nach den lebensfähigen Ideen zu tasten, die „nach der Krise“ weiterführen können.

Deshalb ist es besonders wichtig, klarzumachen, dass das Ende des absurden Vermögenswachstums (dem ja großenteils nicht einmal wirkliche Wertschöpfung, sondern ein Zerstörungsprozess zugrunde liegt), die Einführung von Bürgergeld und Grundrente und die radikale Steuerreform nicht etwa „die Wirtschaft schädigen“ würden. Ganz im Gegenteil: Eine wirtschaftliche Blüte würde einsetzen, wenn die Fessel der Kapitalbedienung gesprengt wäre. Sogar das auf übliche Weise gemessene Sozialprodukt wüchse zunächst beträchtlich, weil wieder alle viel stärker am Wirtschaftsprozess teilnehmen könnten.

Was gibt es heute nicht für einen gewaltigen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen bei jenen, die sich fast nichts leisten können, weil sie arbeitslos sind oder einen so großen Teil ihres Einkommens ins Vermögenswachstum anderer stecken müssen. Man erinnere sich: Etwa drei Viertel der durchschnittlichen Miete entfallen bei uns auf Zinsen, dienen also dem Vermögenswachstum anderer. Auf längere Sicht freilich könnte und dürfte das Sozialprodukt nur langsam wachsen – weil ja wirkliche Wertschöpfung nur im Zeitmaßstab der Generationenfolge gelingen kann.

Auch die befreiende Kulturleistung wird selbstverständlich eine Folge von Selbstbeschränkung sein – wie jeder gelungene Schritt der Selbstorganisation im Schöpfungsprozess – wie immer, wenn eine attraktive Form gefunden wird.

Jammern wir also nicht länger über die kapitalistischen und neoliberalen Lehren. Lachen wir endlich darüber, und verlassen wir diese Ideen. Sie mögen ein unvermeidbares Stück des Weges durch die Kindheit der Menschengesellschaft gewesen sein. Sich aber im Erwachsenwerden weiterhin an solche Ideen zu klammern, das ist kindisch. ■